

# Jahresabschlussbericht 2000 der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Volkshochschule (VHS) Bergisch Gladbach

## I. Allgemeiner Bericht

Mit der Novellierung des Weiterbildungs-Gesetzes von NW haben alle Fraktionen des Landtags übereinstimmend die Bedeutung der Weiterbildung unterstrichen, das Recht auf Weiterbildung manifestiert und diesen Bereich als gleichberechtigten Teil des Bildungswesens gestützt. Die Intention eines sozialverträglichen, flächendeckenden und bedarfsgerechten Bildungsangebots wird ausdrücklich bestätigt. Als Bedarf im Sinne des Gesetzes gelten sowohl die Vertiefung und Ergänzung vorhandener Qualifikationen als auch der Erwerb von neuen Kenntnissen, Fertigkeiten und Verhaltensweisen. Ausdrücklich werden die Aufgaben der Weiterbildung klar umschrieben, nämlich als Inhalte, "die die Entfaltung der Persönlichkeit fördern, die Fähigkeit zur Mitgestaltung des demokratischen Gemeinwesens stärken und die Anforderungen der Arbeitswelt bewältigen helfen. Es umfasst die Bereiche der allgemeinen, politischen, beruflichen und kulturellen Weiterbildung und schließt den Erwerb von Schulabschlüssen und die Eltern- und Familienbildung ein." Weiter werden vom Gesetz u.a. Angebote zur lebensgestaltenden Bildung und zu Existenzfragen, zur sozialen und interkulturellen Bildung, Schlüsselqualifikationen, Sprachen- und Medienkompetenz genannt.

Der Gesetzgeber ermuntert zum Auf- bzw. Ausbau eines Systems lebensbegleitenden Lernens, in dem verstärkt Kooperationsfelder (mit Schulen, beruflicher Aus- und Fortbildung, Arbeitsamt, Handwerk und Wirtschaft, Institutionen, Initiativen, regionalen Einrichtungen etc.) gebraucht werden. Lebensbegleitendes Lernen gilt in der Weiterbildung nicht als Reparaturbetrieb für verpasste Erstausbildung (das ist nur eine Sequenz); es steht für individuelle Entfaltung und soziale Gerechtigkeit. Es geht darum, eine zukunftsfähige Lernkultur zu entwickeln.

Der "Ruck", der von Bundespräsident a.D. Roman Herzog für Bildung und Gesellschaft angemahnt wurde, ist bei der Volkshochschule Bergisch Gladbach gerade im Bereich der Innovation, der Qualitätssteigerung und Methodenkompetenz vollzogen. Der Wert, ja die unabdingbare Notwendigkeit von lebenslangem Lernen in einer globalisierten Informationsgesellschaft ist evident. Darüber wird viel geredet, aber in den Taten zeigt sich der wahre Wert des Wortes.

Bundespräsident Johannes Rau nimmt den bildungspolitischen Faden seines Vorgängers auf und formulierte in seiner Rede zum Forum Bildung in Berlin Ende vergangenen Jahres: "Wir sollten Bildung wieder stärker ganzheitlich verstehen. In der Bildung vergewissern wir uns unserer selbst und finden unsere Identität. Bildung ist, wie jede Kultur, die menschliche Form der Weltaneignung und zugleich ihr Ergebnis. Zur Bildung gehören die Vorstellungen und Einstellungen, die Fähigkeiten, die Kenntnisse und die Gewohnheiten, die es dem Menschen ermöglichen, die Welt selbstbestimmt und verantwortlich zu gestalten ..... aber es hilft nicht, darum herumzureden: Die öffentlichen Ausgaben für Bildung und Wissenschaft sind geringer, als wir uns das leisten können."



## II. Inhaltliche Entwicklung

Die Bildungsarbeit der Volkshochschule stellt sich einer doppelten Herausforderung: Sie soll das Wissen und die Fähigkeiten vermitteln, die in Zukunft die Lebenschancen des Einzelnen und den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt bestimmen, und sie soll gleichzeitig verhindern, dass das Tempo der Veränderungen zu wachsender sozialer Ausgrenzung führt.

Im Rahmen dieser Anforderungen werden Konzepte einer persönlichkeitsfördernden Bildung eher schwieriger. In einer Studie weist Klaus Ahlheim darauf hin, dass „die Ökonomisierung fast aller Lebensbereiche, auch des Bildungsbereichs, mit dem absoluten Vorrang des ökonomisch Nützlichen und Verwertbaren dazu führt, dass die Individuen überfordert werden, als Teile in einem riesigen Globalisierungsprozess Ängste entwickeln, dass sie Zuflucht suchen bei Irrationalismen und Vorurteilen und dass durch diese Grundstimmung letztlich auch extreme Haltungen gefördert werden.“

Die Volkshochschule hat in den letzten Jahren einen klugen Ausgleich von wirtschaftlicher Bildungsplanung und bildungs- wie sozialpolitischer Vernunft entwickelt. Trotz eines reduzierten kommunalen Budgets (Minderung um DM 200.000,- seit 1995) und erheblicher Belastungen zusätzlicher innerstädtischer Verrechnungen hat die VHS ihr Programm ausgebaut und mit der Formel „(Honorarkosten + x% Verwaltungskosten) : Teilnehmermindestzahl“ stabilisiert. Der Grundsatz der Einheit der Bildung wurde bisher gewahrt, wobei gleichzeitig die Angebote für Bildungsbenachteiligte weiter entwickelt und ausgebaut wurden. Angebote in der Persönlichkeitsbildung hatten einen ökonomischen Kompensationscharakter.

Die Erweiterung des Bildungsangebots insgesamt hat zu wirtschaftlicher Stabilität der VHS geführt. Eine zur Zeit diskutierte Reduzierung und Fokussierung auf Teilqualifizierung würde die Substanz der kommunalen Einrichtung der Weiterbildung gefährden.

Die Volkshochschule hat eine Bildungspalette entwickelt, die im beigefügten Produktplan feingliedrig dargestellt ist und im Sinne einer ganzheitlichen Bildung sowie ökonomischer Steuerung erfolgreich ist. An dieser Stelle sei wiederholt, dass diese Strukturierung im Rahmen der Organisationsentwicklung zur eigenbetriebsähnlichen Einrichtung entwickelt wurde und der Deutsche Volkshochschulverband (DWW) fast identische Items vorgelegt hat. Natürlich unterzieht sich die VHS GL einer ständigen Revision der Curricula. Vorrangig wird die vom Gesetzgeber gewollte Ausweitung Berufsfeld-bezogener Bildung gesehen; mit der kontinuierlich inhaltlich vollzogenen Schwerpunktverlagerung wird gleichzeitig die Qualitätssteigerung des gesamten Angebots parallel vollzogen. Die einzelnen Bildungsfelder werden in ihrer Wertigkeit dargestellt.

### 1. Politik, Gesellschaft, Umwelt

Politische Bildung sollte einen Beitrag zu einem umfassenden politischen Sozialisationsprozess leisten. Vorrangig geht es dabei um die Informations-, Reflexions- und Handlungsfunktion. Die letztere Aufgabe unterstützt die Befähigung zur Vertretung eigener Rechte gegenüber der politischen Gemeinschaft und ebenso zur Wahrnehmung von Pflichten und Verantwortlichkeiten des Einzelnen gegenüber Gesellschaft und Staat, wobei die Anwendung demokratischer Verhaltens- und Verfahrensweisen im politischen Handeln Grundvoraussetzung ist. Der Abbau von Vorurteilen, die Befähigung, Konflikte offen auszutragen, und das Bemühen um politische und soziale Verständigung gehören genauso dazu wie die Ermutigung zum politischen Engagement, ausgehend von der Erkenntnis, dass die „Zivilgesellschaft“ von dem verantwortlichen Handeln vieler Bürgerinnen und Bürger erst lebendig wird.

Fachlich orientiert sich das Angebot an inhaltlichen Schwerpunkten und ist gleichzeitig zielgruppenspezifisch ausgerichtet. Die Interdisziplinarität und Vernetzung mit einer Vielzahl von städtischen Einrichtungen, von Vereinen und Initiativen prägt weiter das Profil der politischen Bildung. So wundert es nicht, dass eine Vielfalt von Zeitfenstern und Lernorten durchgängig in allen Produktbereichen signifikant ist. In Erinnerung sollen einige

Ausstellungen gerufen werden, die mit ihrem Begleitprogramm zu den Highlights der Bildungsarbeit zählten, allerdings mit einem hohen Kosten- und Zeitaufwand zu Buche schlagen: Japan 2000 als vernetztes Angebot von Kultur und Kunst, Musik, Literatur und Bildung, mit Ausstellungen in der Kreissparkasse, im Kulturhaus Zanders und eben der städtischen Volkshochschule. Gleiches gilt für die Beteiligung am Forum Ost-West, bei dem der ökologische Schwerpunkt mit Ausstellung und Begleitveranstaltungen von der Volkshochschule gebildet wurde. Genannt werden sollen die Ausstellungen Kinderwelten (Kinderrechte) und Kooperation mit terre des hommes, die überregional beachtete Hemingway-Ausstellung, die Künstler-Ausstellung „Umbruch – Aufbruch“ und die lokale Präsentation des Hombacher Malerkreises. Die Vernetzung kultureller und politischer Bildung ist evident, vollzieht sich nicht zuletzt darin, dass die Erkundung des lokalen Umfeldes, Kunst, Ökologie und Industrie ins Bildungsnetz einbezogen sind. Einen besonderen Arbeitspunkt stellte die Workshopreihe „Unternehmen Kunst“ dar, über deren Ergebnisse noch zu einem späteren Zeitpunkt berichtet wird. Im Rahmen des Angebots darf natürlich nicht das ökologische Bildungsangebot unerwähnt bleiben. Vor allem die Kooperationen mit dem Bund für Umwelt und Naturschutz, dem Rheinisch-Bergischen Kreis und der Thomas-Morus-Akademie beleben das Bild.

## 2. Kultur und Gestalten

„Kultur und Bildung sind wesentliche Bestandteile des menschlichen Daseins. Sie stehen in enger Wechselwirkung und können nicht losgelöst voneinander betrachtet werden. Bildung wird erst durch Kultur zu jenem umfassend gemeinten Verständnis von kognitiven, kreativen, ästhetischen, sinnlichen, emotionalen und sozialen Fähigkeiten. Die Auseinandersetzung mit Kultur wiederum verlangt jedoch Bildung im Sinne des Erkennens, Wiedererkennens und Entdeckens von gesellschaftlichen Deutungsmustern.“

Mit dieser Aussage beginnt die Standortbestimmung des Deutschen Kulturrates zur Kultur und Bildung im letzten Jahr (Juni 2000). Die VHS GL stimmt dem uneingeschränkt zu und realisiert die ebenfalls postulierten Maßstäbe für eine zukunftsfähige Bildungspolitik, nämlich

- dass sie den ganzen Menschen mit all seinen Fähigkeiten und Entwicklungspotenzialen fördert,
- dass sie den Menschen zur Urteilsfähigkeit und zur Auseinandersetzung mit sich, der Gesellschaft und seiner Umwelt befähigt,
- dass sie breite Zugangschancen unabhängig vom Geschlecht, sozialer Herkunft oder Einkommen zur Verfügung stellt,
- dass sie für alle Lebensalter kulturelle Bildungsmöglichkeiten bereitstellt und die entsprechenden Bildungseinrichtungen einschließlich der Familie zur Erfüllung dieser Aufgaben in die Lage versetzt.“

Dass kulturelle oder gesundheitliche Bildung ausschließlich dem individuellen Vorteil zunutze kommt, kann aus Sicht ganzheitlicher Bildung nicht nachvollzogen werden.

Kulturelle Bildung ist ganzheitlich, gesellschaftsrelevant, reflexiv und provokativ:

„Selbstverständlich ist die Kunst ihrem Wesen nach verwerflich! Und überflüssig! Und asozial, subversiv, gefährlich! Und wenn sie das nicht ist, dann ist sie weiter nichts als Falschgeld, leere Hülle, Kartoffelsack.“ (Jean Dubuffet)

Die Volkshochschulen sehen in der kulturellen Bildung eine Schlüsselqualifikation von Wahrnehmen, Erkennen, Gestalten und Ausdruck-Verleihen. Der Prozess zur Kreativität gilt als ein vorrangiges Ziel. Erich Fromm hat es folgendermaßen ausgedrückt:

„Kreativität ist keine Eigenschaft, die nur besonders begabte Menschen oder Künstler erreichen können, sondern eine Haltung, die jeder Mensch erreichen kann. Erziehung zur Kreativität ist gleichbedeutend mit der Erziehung zum Leben.“

In diesem Sinne ist das Angebot – Produktelement 2 – gestaltet.

### 3. Gesundheit

Die Volkshochschule lehnt sich in der Gesundheitsbildung an die Inhalts- und Qualitätsstandards an, die im Landesverband der Volkshochschulen entwickelt werden und in deren Prozess die VHS ihre Erfahrungen einbringt.

Inhaltlich orientiert sich das Gesundheitsangebot an den Zielen der Weltgesundheitsorganisation (wie sie in der Ottawa-Charta der WHO 1986 festgelegt und in den Nachfolgeprogrammen weiterentwickelt wurden) und verknüpft diese mit den Zielen der Erwachsenenbildung. Gesundheitsbildung berücksichtigt den Zusammenhang von körperlichen, seelischen und sozialen Gesundheitsfaktoren und bezieht sich demzufolge auf die Wechselwirkung zwischen Menschen und ihrem sozialen und natürlichen Umfeld. Sie versteht Gesundheit und Krankheit in fließenden Übergängen als prozesshaftes, zum Leben gehörendes Geschehen und grenzt Krankheit oder Kranke nicht aus.

Gesundheitsbildung will die Handlungschancen von Menschen und ihre Selbst- und Mitbestimmungsfähigkeiten in gesundheitlichen Belangen erweitern und verbessern. Daraus folgen zentrale **Zielsetzungen**,

wie: Lernbedürfnisse und Gesundheitshandeln von Erwachsenen aufzugreifen auf der Basis freiwilliger Partizipation und im Kontext von sozialem Lernen; sozialen, alters- und geschlechtsspezifischen sowie ethnischen Unterschieden von Lernerfahrungen gerecht zu werden; Vertrauen in die eigene Gesundheits- und Handlungskompetenz zu stärken.

Dazu gehört, gesundheitserhaltende Ressourcen und Wohlbefinden zu fördern; Menschen mit ihren unterschiedlichen Belangen und Bedürfnissen in ihrem jeweiligen sozialen und ökologischen Umfeld zu berücksichtigen; körperliche, psychische, soziale und ökologische Faktoren zu verbinden; Lernen mit allen Sinnen zu ermöglichen; von lebenslangem Lernen auszugehen, d.h. Gesundheit als kontinuierlichen Lernprozess zu begreifen und mit biografischen Erfahrungen zu verknüpfen; die Selbstbestimmung von Menschen über ihre Gesundheit als kollektive Aufgabe zu fördern und einer individuellen Schuldzuweisung oder jeglicher Bevormundung entgegenzusteuern.

Die **Angebote** liegen schwerpunktmäßig in den Bereichen

- Bewegung/Fitness
- Entspannung/Körpererfahrung
- Ernährung/Kochen
- Krankheit, Heilung, Pflege
- Gesundheitspolitik, Gesellschaft und Umwelt
- Gesundheitsförderung im Betrieb
- Fortbildungen für Lehrkräfte in der Gesundheitsförderung.

Neben der Einbindung in die landesweite Fachstruktur ist die Gesundheitsbildung lokal vernetzt. Dem artikulierten Bedarf der Teilnehmenden versucht die VHS nachzukommen. Kooperationen mit dem Kneipp-Verein, mit Krankenkassen, mit Selbsthilfegruppen und Turn- und Sportvereinen ist mittlerweile selbstverständlich.

In vielen Gesundheitsangeboten übernimmt die Volkshochschule die Vorreiterrolle und erprobt gerade im Ernährungs- und Bewegungsbereich immer wieder neue Elemente.

### 4. Sprachen

Der Sprachenbereich stellt das stärkste Produktelement neben Arbeit, Beruf und Gesundheit. Die Bedeutung des Sprachenlernens in einem erweiterten Europa ist hinlänglich von der VHS dargestellt worden. Erfreulich ist die Entwicklung des Ausbaus berufsorientierter Kurssysteme.

Dass der Anteil der Arbeitnehmerweiterbildung gerade in diesem Bereich steigt, entspricht dem kompensatorischen Bildungsanspruch der VHS. Auffallend im Bereich Englisch ist die Nachfrage aus Firmen, deren Korrespondenz und deren Firmensprache auf Englisch erfolgen. Dies verändert die Anforderungsprofile und -profile.

Neben der Zertifikats- und Qualitätsdiskussion vergisst die VHS gerade die Bildungsbenachteiligten nicht. Wichtiges Zielfeld ist das Angebot der Alphabetisierung von Ausländern. Der Spracherwerb ausländischer Mitbürger läuft häufig ungeregelt ab, was dazu führen kann, dass die Schriftsprache nicht beherrscht wird (Ursachen: fremdes Alphabet, zu geringe Schulbildung). Die VHS bietet gesonderte Lese-Schreibkurse für ausländische Teilnehmer an. Besondere Bedeutung erfahren diese Kurse durch das neue Einbürgerungsgesetz, nach dem Kenntnisse nachgewiesen werden müssen.

Im Zusammenhang mit der zur Zeit stattfindenden Diskussion um Integration von Migranten ist die Nachfrage nach Deutschintensivkursen gestiegen, so dass die VHS hier ein erheblich erweitertes Angebot präsentiert.

Besondere Erwähnung verdienen die Deutschkurse in Kindertagesstätten (Kita).

Im Rahmen des Projektes „Interkulturelle Erziehung im Kindergarten“ bietet die VHS Deutschkurse für Eltern ausländischer Kinder an.

So nehmen ausländische Mütter in zwei Kitas (St. Marien, Gronau, und ZAK, Bensberg) am Deutschunterricht teil.

Mit diesen Kursen werden Frauen erreicht, die zwar seit Jahren in Deutschland leben, aber aufgrund ihres kulturellen und familiären Hintergrundes nicht die Möglichkeit haben, den Weg in Weiterbildungsstätten zu finden. Sie können in der Kita direkt erreicht werden und nehmen das Angebot dort bereitwillig an.

Der Deutschunterricht beinhaltet eine enge Verzahnung zwischen Sprachaufbau und Lebenswirklichkeit. Die behandelten Themen richten sich nach den Bedürfnissen der Frauen (z.B. sich und die Familie vorstellen, Ernährung, Leben im Kindergarten). Manche Themen wie Körper/Gesundheit, für die Frauen von besonderer Bedeutung, können nur in diesem vertrauten Rahmen (reine Frauenkurse) behandelt werden.

Inzwischen zeigen die Kurse Erfolge: Die teilnehmenden Frauen sind besser im Kindergartenalltag integriert und sind für Gespräche mit Erzieherinnen aufgeschlossen.

## 5. Arbeit, Beruf

Unter arbeitswelt- und berufsbezogener Bildung sind Angebote zu verstehen, die sich mit dem Wandel und der aktiven Mitgestaltung der Arbeitswelt und des Berufslebens auseinandersetzen und den Teilnehmern helfen, jene Kompetenzen zu erlangen, die sie in die Lage versetzen, den Anforderungen in Beruf und Arbeitswelt gerecht zu werden und so die Voraussetzungen für den Erhalt oder den Erwerb eines Arbeitsplatzes zu erfüllen.

Arbeitswelt- und berufsbezogener Bildung kommt auch deshalb eine besondere Bedeutung zu, weil für die meisten Menschen die Erwerbsarbeit nicht nur die materielle Voraussetzung für die Lebensgestaltung darstellt, sondern auch, weil der Beruf einen wesentlichen Beitrag zur Entfaltung der Person darstellt. Ein wesentliches Ziel der arbeitswelt- und berufsbezogenen Bildung kann daher darin bestehen, einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit in der Arbeits- und Berufswelt zu leisten, indem sie hilft, für die Berufsausübung zentrale Kompetenzen zu erwerben und zu bewahren.

Es wurde mehrfach dargestellt, dass die Volkshochschule GL ein besonderes EDV-Angebot bereithält: Breitenwirksame, zielgruppenspezifische, qualifikatorische und branchenspezifische Module wurden entwickelt und wurden vorgestellt. In der Lehrerfortbildung wurden erhebliche Anstrengungen vollzogen. Kooperationsformen mit Schulen und Betrieben haben sich erfolgreich etabliert.

Mit Unterstützung des Fördervereins der VHS ist eine Fortbildungsinitiative für die VHS-Dozentinnen und -Dozenten sowie Lehrende in der Erwachsenenbildung gut angelaufen. In diesem Punkt wird vorrangig am Qualitätsprofil des gesamten Bildungsangebots gearbeitet. Erfolgreich blickt die Volkshochschule auf die Kooperation mit dem Arbeitsamt GL zurück. Gemeinsam wurden Grundausbildungslehrgänge für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz entwickelt, durchgeführt und evaluiert.

Zurzeit konzipiert das VHS-Team einen Lehrgang für langzeitarbeitslose Jugendliche. Auch hier sind Entwicklungs- und Organisationszeiten notwendig, die in Unterrichtsstunden nicht bewertbar, für gesellschafts- und jugendpolitische Aufgaben jedoch eminent wichtig sind.

Im Rahmen des Wirksamkeitsdialogs baut die Volkshochschule diese Bildungskomponenten aus.

## 6. Grundbildung, Schulabschlüsse

Kompensatorische Bildung ist darauf ausgerichtet, vorhandene Defizite von Wissen, Einsichten, Fähigkeiten oder Verhalten auszugleichen. Durch Grundbildung soll ein Mindestbestand an Wissen, Einsichten, Fähigkeiten oder Verhalten vermittelt werden, der unabdingbare Voraussetzung für ein eigenverantwortliches Leben und Zurechtkommen in der heutigen Gesellschaft ist. Inhalte und Themen der kompensatorischen Grundbildung sind in alle Fachbereiche integriert. Folgende Inhalte sind in der VHS-Arbeit fest verankert:

- Alphabetisierungskurse und Nachholung bzw. Auffrischung grundlegender Kenntnisse (Schreiben, Lesen, Mathematik und Naturwissenschaften) als Vorbereitung auf Schulabschlusskurse.
- Integrationskurse für Migranten/innen mit Grundinformationen über Sprache, Geschichte, soziale, ökonomische und politische Verhältnisse in Deutschland.
- Vermittlung von Informationen und Einüben von Verhaltensweisen für lernungsgewohnte Personen (unter Einschluss von Elementen der kreativitätsfördernden Bildung).
- „Das Lernen lernen“ – Abbau von Lern- und Konzentrationsschwierigkeiten. Abbau von Defiziten im sozialen Lernen und bei der Übernahme von sozialer Verantwortung in Familie, Beruf und Gesellschaft, Einüben von Verantwortung im Umgang mit persönlicher Freiheit.
- Erwerb oder Auffrischung von Grundkenntnissen und –fertigkeiten nach längerer Arbeitslosigkeit bzw. beim Wiedereinstieg ins Berufsleben.
- Vermittlung von Orientierungswissen und Wertorientierung bei der Suche nach Lebenssinn.

Im bis Ende 1999 geltenden WbG lautete im § 3 die Formulierung des Sachbereichs 1 „Bereich der nicht beruflichen, abschlussbezogenen Bildung“. Im novellierten Gesetz wird in der Aufzählung der Förderbereiche in § 11 (2) von „abschluss- und schulabschlussbezogener Bildung“ gesprochen.

Unter abschluss- und schulabschlussbezogener Bildung sind jene Weiterbildungsmaßnahmen zu verstehen, die der Vorbereitung auf staatliche Prüfungen und auf Schulabschlüsse sowie zur Erlangung von Sprachzertifikaten oder sonstigen Zertifikaten dienen, die von den anerkannten Weiterbildungseinrichtungen für die entsprechenden Kurstypen in eigener Verantwortung herausgegeben werden.

Mit dem Zertifikatssystem im Sprachen- und EDV-Bereich bietet die VHS GL ein landesweit beispielhaftes System und ist in einigen Prüfungsbereichen in der Entwicklung sogar federführend.

Im Fachbereich 6 hat das Angebot die traditionelle Form gehalten, nämlich die nachträglichen Schulabschlüsse: Hauptschulabschluss, Fachoberschulreife und Fachhochschulreife zu vermitteln.

Um die Angebote der Grundbildung und Schulabschlüsse, der beruflichen Orientierung und Berufsfindung, der Alphabetisierung und Deutschkurse sowie die Zielgruppenprogramme zu realisieren, ist die Gesamtstruktur des Bildungsangebots sowohl ökonomisch als auch ganzheitlich untrennbar vernetzt. Eine Trennung von Einzelelementen stört die Gesamtbilanz erheblich.

## Anlage

### Produktelemente

### III. Finanz- und Lagebericht 2000

#### 1. Allgemeine Angaben

Die VHS Bergisch Gladbach wird gemäß § 88 Abs. 2 GO NW entsprechend den Vorschriften über Eigenbetriebe geführt und als Sondervermögen gem. §82 Abs. 1 Nr. 3 i.V. mit Abs.3 GO NW aus der Haushaltswirtschaft der Stadt ausgesondert.

Die Einrichtung wird nach Bestimmungen der Satzung vom 15.09.1994 geführt.

Zweck der Einrichtung ist nach dem Weiterbildungsgesetz die Unterhaltung einer Volkshochschule, welche nicht unter dem Aspekt einer Gewinnerzielung betrieben wird, so dass diesbezügliche steuerrechtliche Vorschriften keine Anwendung finden.

Die Buchführung wurde erstmalig mittels des Softwareprogramms "FINANCIAL OFFICE" der Firma Lexware erstellt.

Die Grundlage für die Kontierung und die Auswertung erfolgte weiterhin nach dem DATEV-Kontenrahmen SKR 03

#### 2. Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Die Gliederung der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung erfolgt nach den Vorschriften und Formblättern der EigVO (§22 Abs. 1 und 23 Abs. 1 EigVO i.d.F. vom 01.06.1988).

Gemäß § 21 der Eigenbetriebsverordnung findet das Dritte Buch des Handelsgesetzbuches für die Aufstellung des Jahresabschlusses sinngemäß Anwendung, soweit sich aus dieser Verordnung nichts anderes ergibt.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden entsprechen den Vorgaben des Vorjahres.

#### 3. Vermögens- und Ertragslage

##### a) Vermögenslage

Die Jahresabschlussbilanz 2000 ist ausgeglichen und weist einen Jahresüberschuss in Höhe von 19.784 DM aus.

Im Nachfolgenden sind die Bilanzposten zum Ende des Wirtschaftjahres den Werten des Vorjahres gegenübergestellt.

	Bilanz 31.12.00 DM	Bilanz 31.12.99 DM	Veränderung DM
AKTIVA			
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.233	5.357	-2.124
Sachanlagen	544.249	575.679	-31.430
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	3.678	825	2.853
Sonstige Vermögensgegenstände	77.214	57.853	19.361
Liquide Mittel	923.303	876.323	46.980
Rechnungsabgrenzungsposten	4.891	14.752	-9.861

## PASSIVA

Eigenkapital	1.273.506	1.233.722	39.784
Sonstige Rückstellungen	133.465	119.763	13.701
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	2.505	0	2.505
Sonstige Verbindlichkeiten	136.908	145.353	-8.445
Rechnungsabgrenzungsposten	10.184	31.950	-21.766

## Erläuterungen zur Bilanz

### AKTIVA

Das **Anlagevermögen** wird seit der Ausgliederung aus dem städtischen Haushalt grundsätzlich zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige nutzungsbedingte Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungsmethode ist linear.

Die **Forderungsbestände** sind mit ihrem Nennwert bewertet.

Unter den sonstigen Vermögensgegenständen wurden Forderungen aktiviert, die dem Geschäftsjahr 2000 zuzuordnen sind, aber erst im Jahr 2001 zu Einzahlungen führen.

Der **aktive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet u.a. die Miete und Nebenkosten, die bereits im Dezember 2000 für Januar 2001 ausgezahlt wurden.

### PASSIVA

Die **allgemeine Rücklage** setzt sich aus dem zum 01.01.1995 in den Betrieb eingebrachten Eigenkapital, den im Eigenbetrieb verbleibenden Gewinnen aus den Jahren 1995 ( 100%), 1996-1998 (60%) und den Investitionszuschüssen zusammen.

Die **sonstigen Rückstellungen** zum 31.12.2000 enthalten Beträge für

- noch nicht abgerechnete Kosten der Jahresabschlussprüfung ,
- die erstmals (rückwirkend bis zum Jahr 1995) zu zahlende Künstlersozialabgabe ,
- die Währungsumstellung auf Euro,
- den noch nicht angetretenen Urlaub der Mitarbeiter.

Die **sonstigen Verbindlichkeiten** sind zu ihren jeweiligen Rückzahlungsbeträgen passiviert. Hierbei handelt es sich überwiegend um zur Zahlung anstehende Dozenten honorare, die aus kassentechnischen Gründen erst im Geschäftsjahr 2001 abgewickelt werden können. Des weiteren wurde der nicht ausgeschöpfte zweckgebundene städtische Zuschuss für die Anmietung städtischer Sportstätten als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt passiviert..

Der **passive Rechnungsabgrenzungsposten** beinhaltet die im Geschäftsjahr vereinnahmten Teilnehmerentgelte, die wirtschaftlich das Jahr 2001 betreffen.

## b) Ertragslage

Die Gewinn- und Verlustrechnung weist für das Geschäftsjahr 2000 einen **Jahresüberschuss** in Höhe von **19.784 DM** aus.

Die Gesamterträge haben im Jahr 2000 eine Höhe von **3.811.444 DM** erreicht; dem gegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von **3.791.660 DM**.

Im Nachfolgenden sind die Positionen der Gewinn- und Verlustrechnung des Wirtschaftsjahres den Werten des Vorjahres gegenübergestellt.

		GuV 1999 DM	GuV 2000 DM	Veränderung 99/00: + Zuwachs - Abbau DM
<b>Ertrag:</b>				
	<b>Umsatzerlöse</b>	<b>1.118.587,64</b>	<b>1.207.786,70</b>	89.199,06
	<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	<b>2.585.739,45</b>	<b>2.603.657,22</b>	17.917,77
	<i>Nachrichtlich:</i> <i>Betriebskostenzuschuss</i>	<i>1.520.000,00</i>	<i>1.542.240,00</i>	22.240,00
	<b>Summe Erträge:</b>	<b>3.704.327,09</b>	<b>3.811.443,92</b>	107.116,83
<b>Aufwand:</b>				
	<b>Materialaufwand</b> Erhaltene Skonti	<b>-2.183,36</b>	<b>-2.004,36</b>	179,00
	<b>Personalaufwand</b>	<b>1.542.966,71</b>	<b>1.619.043,54</b>	76.076,83
	<b>Sonstiger betrieblicher Aufwand</b>			
	a) Betriebsaufwand	738.654,12	739.988,29	1.334,17
	b) Geschäftsaufwand	120.103,87	190.483,01	70.379,14
	<b>Bezogene Leistungen</b>	<b>981.802,28</b>	<b>1.047.063,95</b>	65.261,67
	<b>Abschreibungen</b>	<b>185.235,75</b>	<b>185.071,50</b>	-164,25
	<b>Außerord. und sonst. Aufwendungen</b>	<b>11.228,27</b>	<b>12.013,93</b>	785,66
	<b>Summe Aufwand:</b>	<b>3.577.807,64</b>	<b>3.791.659,86</b>	213.852,22
	<b>(+)Gewinn/(-)Verlust</b>	<b>126.519,45</b>	<b>19.784,06</b>	<b>-106.735,39</b>

Anmerkung Jahresergebnis 1999:

Der Prüfbericht 1999 der externen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Riepen & Kollegen lag zum Zeitpunkt der Erstellung dieser Vorlage nur im Entwurf vor. Die Verkehrszahlen 1999 wurden, soweit nötig, entsprechend angepasst.

Bedingt durch die Jahresrechnung Personal und die nachträglichen Umbuchungen aller Zahlungseingänge für das Geschäftsjahr 1999, die im Geschäftsjahr 2000 (bis zum 30.06.) auf den VHS- Girokonten gutgeschrieben wurden, ist das bilanzierte Ergebnis 1999 zu korrigieren.

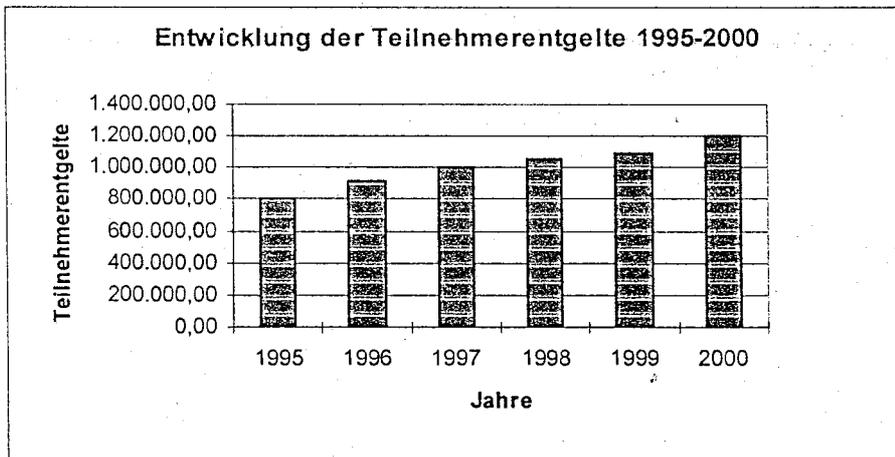
Der aufgrund dieser Umbuchungen ermittelte Jahresüberschuss beträgt 126.519,45 DM.

Im Geschäftsjahr 2000 konnten die Erträge gegenüber dem Vorjahr um rund 100.000 DM gesteigert werden.

Der Betriebskostenzuschuss der Stadt, der als sonstiger betrieblicher Ertrag erfasst ist, wurde einmalig im Geschäftsjahr 2000 erhöht, um Ausgaben für die interne Verrechnung des Musterprodukts 2 des FB 4 "Anmietung von Sportstätten" auszugleichen.

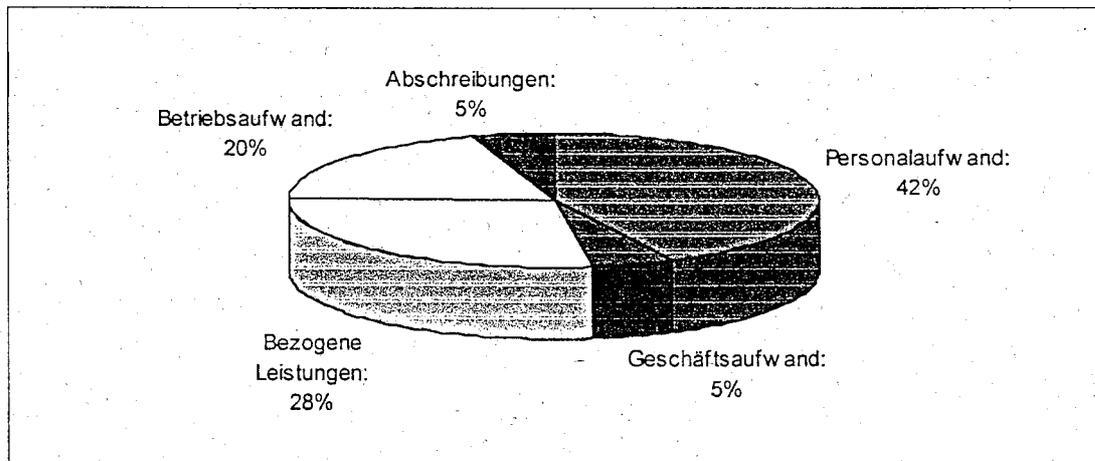
Im Geschäftsjahr 2001 entfällt dieser Zuschussanteil mit dem Resultat, dass die aus der Verrechnung resultierenden Aufwendungen von der Volkshochschule selbst erwirtschaftet werden sollen.

Die Teilnehmerentgelte stiegen im Vergleich zum Vorjahr um 90 TDM und erreichen damit ihren Höchststand.



Der zweckgebundene Anteil des Betriebskostenzuschusses für die Anmietung von städtischen Sportstätten (35.600 DM) wurde nur in Höhe von DM 18.240 ausgeschöpft; der Restbetrag wurde als Verbindlichkeit gegenüber der Stadt passiviert.

Die **Gesamtaufwendungen** 2000 betragen DM 3.791.660; ihre Verteilung stellt sich wie folgt dar:



Der **Betriebsaufwand** bewegt sich im Vergleich zum Vorjahr auf konstantem Niveau.

Die erstmalige Künstlersozialabgabenverpflichtung für Volkshochschulen führt zu einer erheblichen Steigerung des **Geschäftsaufwands**. Der erfasste Kostenansatz erstreckt sich rückwirkend auf die Jahre 1995 bis einschließlich 2000.

Des Weiteren wirken sich die im Rahmen der Währungsumstellung erforderlichen Maßnahmen und die erstmalige Zahlung von Mieten für städtische Sportstätten aufwandserhöhend aus.

Die Aufwendungen aus **Abschreibungen** bewegen sich auf Vorjahresniveau; es wurden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf Vermögensgegenstände des Anlagevermögens vorgenommen.

Die Erhöhung im Bereich der **bezogenen Leistungen** resultiert aus der quantitativen Erhöhung der Dozenten honorare.

Diese Aufwandssteigerung wird vollständig durch die Einnahmen aus Teilnehmerentgelten kompensiert. Der Kostendeckungsgrad zwischen Teilnehmerentgelten (inkl. Löwenpass) und Dozenten honoraren konnte im Vergleich zum Vorjahr um weitere 4,9% auf 134,4% gesteigert werden und erreichte mit einer Überdeckung von DM 309.286 im Jahr 2000 seinen Höchststand.

Deckungsgrad Erträge aus Teilnehmerentgelten /  
Dozenten honoraren

Jahr	Aufwand Dozenten honorare DM	Erträge aus Teilnehmerentgelten (einschl. Löwenpass) DM	Deckungs- Grad %	Über-/ - Unterdeckung DM
1991	761.000,00	600.501,00	79,0	-160.499,00
1992	778.582,00	691.801,00	88,8	-86.781,00
1993	682.700,00	648.470,00	94,9	-34.230,00
1994	669.697,00	738.134,00	110,2	68.437,00
1995	700.529,00	810.928,00	115,8	110.399,00
1996	780.726,00	944.587,00	121,0	163.861,00
1997	820.988,00	1.005.292,00	122,4	184.304,00
1998	881.127,00	1.059.902,00	120,3	178.775,00
1999	850.127,00	1.101.724,50	129,5	250.954,50
2000	900.383,00	1.209.669,00	134,4	309.286,00

Der Anstieg der Personalaufwendungen resultiert aus den Tariferhöhungen und dem zusätzlichen Einsatz einer Vollzeitkraft für eine Mutterschaftsvertretung. Das Ergebnis konnte trotz dieser Sachverhalte - im Rahmen von Personalentscheidungen durch die VHS-Leitung - deutlich den von Fachbereich 1 prognostizierten Planansatz unterbieten.

**Personalbestand zum 31.12.2000:**

Beschäftigte	Vollzeitkräfte	Halbtagskräfte
Beamte	3	1
Angestellte	8	6
Arbeiter	0	0
<b>Gesamt:</b>	<b>11</b>	<b>7</b>

( 31.12.99:

12

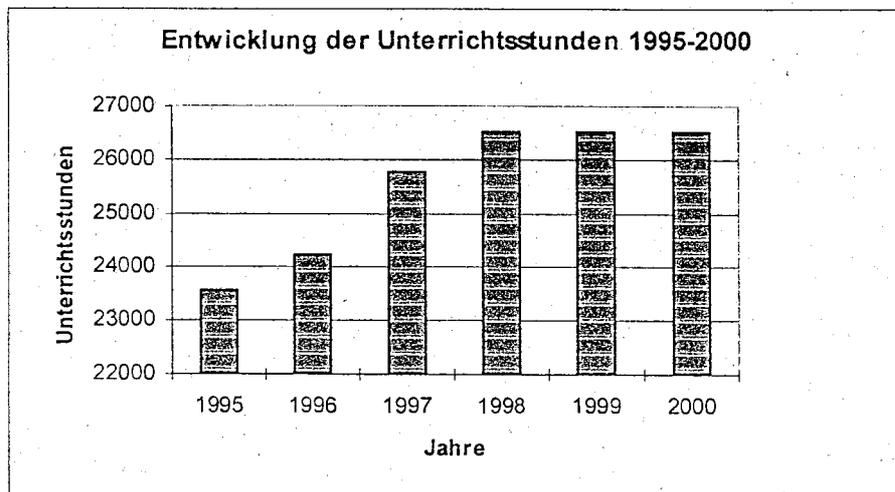
6)

**Anmerkung:**

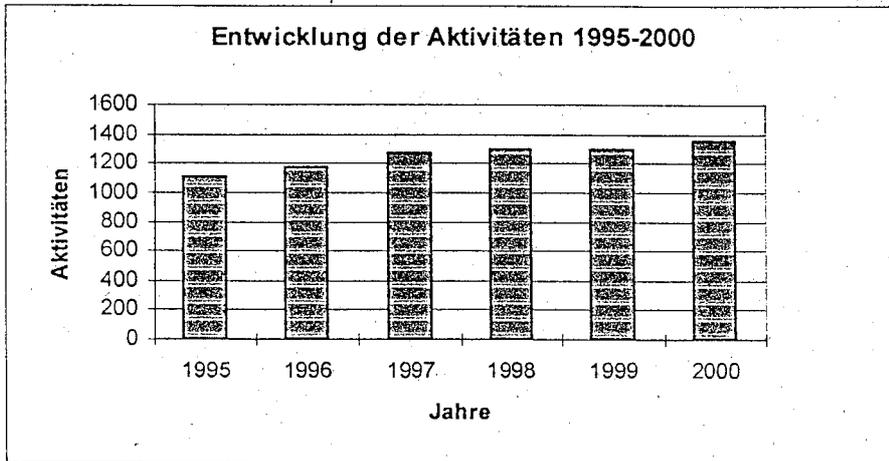
Für den Zeitraum 01.04.00-30.12.00 wurde zusätzlich eine Arbeitskraft als Vertretung für eine in Mutterschutz befindliche Beschäftigte eingesetzt.

**4. Statistik**

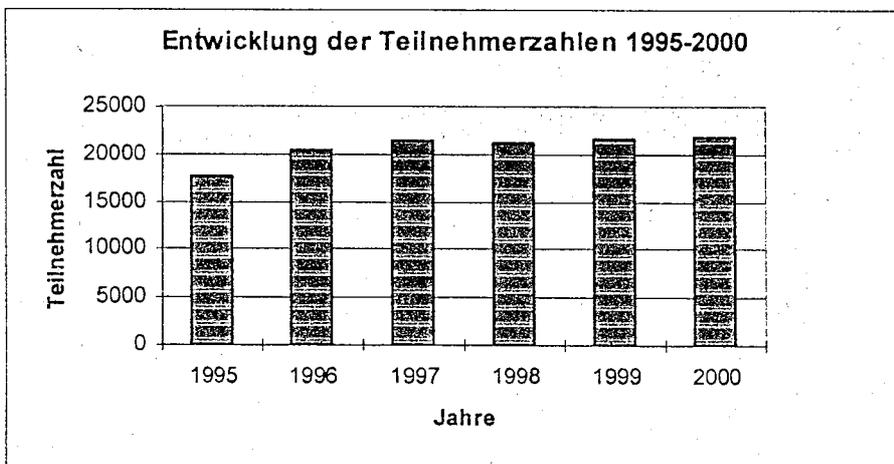
Der quantitative Ausbau des Weiterbildungsangebots zur wirtschaftlichen Sicherung der VHS-Ziele konnte vollständig umgesetzt werden.



Die durchgeführten Unterrichtsstunden und Aktivitäten wurden seit Gründung des Eigenbetriebs ständig erweitert. Seit 1998 haben sich sowohl die Unterrichtsstunden (26.500) als auch die Aktivitäten (13.000) auf hohem Niveau stabilisiert. Im Vergleich zum Vorjahr konnte im Geschäftsjahr 2000 die Anzahl der Aktivitäten um 64 auf 13.060 gesteigert werden.



Die Teilnehmerzahlen erreichten im Jahr 2000 mit einer Anzahl von 21.780 ihren Höchststand; auch dieser Bereich ist mit durchschnittlich 21.000 Teilnehmern seit 1997 stabil.



## 5. Wirtschaftsplan

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2000 schließt ausgeglichen ab. Gegenüber dem Ergebnis laut Jahresabschluss beträgt die positive Abweichung DM 19.784.

	<b>Wirtschaftsplan</b>	<b>Ergebnis 2000</b>	<b>Differenz zum WP</b>
<b>Erfolgsplan</b>			
<b>Erträge</b>			
Umsatzerlöse	981.500,00	1.207.786,70	-226.286,70
Sonstige Erlöse	938.000,00	1.035.546,75	-97.546,75
Andere Einnahmen	1.559.600,00	1.568.110,47	-8.510,47
<b>Summe</b>	<b>3.479.100,00</b>	<b>3.811.443,92</b>	<b>-332.343,92</b>
<b>Aufwendungen</b>			
Materialaufwand	0,00	-2.004,36	2.004,36
Personalkosten	1.671.000,00	1.619.043,54	51.956,46
Sonst. Aufwendungen	1.808.100,00	2.174.620,68	-366.520,68
<b>Summe</b>	<b>3.479.100,00</b>	<b>3.791.659,86</b>	<b>-312.559,86</b>

**Überschuss: 19.784,06**

### Anmerkung:

Im Wirtschaftsplan 2000 sind im Bereich der sonstigen Aufwendungen keine Abschreibungen erfasst ( 185.000 DM). Des weiteren waren zum Zeitpunkt der Planaufstellung die Abgabepflicht von Volkshochschulen an die Künstlersozialkasse und die im Rahmen der Währungsumstellung auftretenden Kosten nicht bekannt bzw. abschätzbar.

Trotz dieser Unwägbarkeiten konnte ein Überschuss von 19.784 DM erwirtschaftet werden.

## 6. Jahresergebnis

Dem Ausbau der Einnahmen aus Teilnehmerentgelten ist es zu verdanken, dass bei einem zum Vorjahr konstanten Betriebskostenzuschuss zusätzliche Aufwendungen (Künstlersozialabgabe und Einführung "EURO") seitens der VHS erwirtschaftet werden konnten und darüber hinaus ein Jahresüberschuss in Höhe von 19.784 DM erzielt wurde.

Jahr	Gesamtaufwand 100%	Betriebskosten- zuschuss		Zuschuss Land		Teilnehmer- entgelte		Sonstige Erlöse	
		DM	DM	%	DM	%	DM	%	DM
1995	3.228.654,00	1.674.005,00	52	753.492,00	23	810.928,00	25	166.390,00	5
1996	3.355.945,00	1.575.000,00	47	784.628,00	23	940.930,00	28	171.812,39	5
1997	3.432.489,08	1.549.000,00	45	790.394,00	23	1.005.292,00	29	201.567,00	6
1998	3.375.560,00	1.601.940,00	47	792.681,00	23	1.054.432,00	31	207.806,19	6
1999	3.657.216,16	1.520.000,00	42	769.598,00	21	1.093.642,00	30	269.231,45	7
2000	3.791.659,86	1.542.240,00	41	772.996,00	20	1.201.984,70	32	274.439,16	7

Dieses Ergebnis zeigt, dass durch Innovation, Kooperation und Vernetzung eine Verbindung von ökonomischer Vernunft und bildungspolitischer Notwendigkeit in Einklang gebracht werden konnte.

Der gesamtstädtische Ausbau der internen Leistungsverrechnung (Umverteilung der kamerale Kosten nach einer zentral vorgegebenen Berechnungsgrundlage) führt zusätzlich zu wesentlich höheren Ausgaben im VHS-Etat. So führt ab dem Geschäftsjahr 2001 die Verrechnung des Musterprodukts 2 des FB 4 "Anmietung von Sportstätten" zu Mehrbelastungen in Höhe von DM 27.000, die nicht mehr durch eine entsprechende Erhöhung des städtischen Betriebskostenzuschusses ausgeglichen werden.

Die gesteckten Ziele der VHS sind qualitativ und quantitativ erreicht.

Aufgrund der gegebenen Struktur der Einrichtung ist eine vollständige Kostendeckung über Entgelte nicht erzielbar, so dass zur Aufrechterhaltung des satzungsgemäßen Betriebs dauernd ein angemessener städtischer Zuschuss erforderlich ist.

Um die Mehrbelastung des Geschäftsjahres 2001 annähernd kompensieren zu können, ist der vollständige Verbleib des Jahresüberschusses in der Einrichtung unabdingbar.

## IV. Ausblick

Die VHS Bergisch Gladbach hat ihre Position als zentrale Weiterbildungseinrichtung bestätigt und möchte auch künftig den erreichten Status mit dem vorhandenen Qualitätsstandard auf dem bisher erreichten Niveau stabilisieren und dem Bürger zur Verfügung stellen.

Eine flächendeckende, bedarfsgerechte, sozial- und bildungspolitische Angebotsvielfalt unter Einbeziehung der ökonomischen Vernunft gehört zum modernen Verständnis der Erwachsenenbildung.

Um den gesellschaftlichen und finanzpolitischen Bedürfnissen Rechnung tragen zu können, sind aus Sicht der VHS folgende Faktoren auch weiterhin unverzichtbar:

- An der öffentlichen Verantwortung für die Weiterbildung als quartärem Bildungsbereich ist entschieden festzuhalten.
- Die Vielfalt der Weiterbildungsangebote soll erhalten bleiben.
- Um eine flächendeckende Bildungsversorgung bevölkerungsnah gewährleisten zu können, sind im dezentralen Angebot - insbesondere für Bensberg und Refrath - feste, erwachsenengerechte Räumlichkeiten wünschenswert.
- Produktentwicklung und Wirtschaftsergebnisse sollten in einem Kontrakt festgeschrieben und auf längere Planungsphasen verlässlich festgelegt werden (z.B. Zuschussbetrag auf derzeitigem Stand für 3 Jahre festlegen). Davon kann auf Grund der Haushaltslage der Stadt leider zur Zeit nicht ausgegangen werden.
- Weiter zu entwickeln ist ein von den Bedürfnissen der Menschen und der Stadt wie Region geprägtes offenes System, das den Bürgern hilft, sich auf künftige Herausforderungen durch den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandel vorzubereiten.
- Bildung und Ökonomie sollen wie bisher ausgewogen angewandt werden; das betriebswirtschaftliche Denken und Handeln wird fortgeführt; bei der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation sollten die Betriebsergebnisse in etwa gehalten werden.

